

SATZUNG

der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie,
Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT e.V.)

Stand: 20.09.2024 – vorbehaltlich der Eintragung in das Vereinsregister

DGPT

Deutsche Gesellschaft für
Psychoanalyse,
Psychotherapie,
Psychosomatik und
Tiefenpsychologie e.V.

Satzung

der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V.

§ 1 Name und Sitz

1. Die "Deutsche Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT) e.V." (nachstehend: DGPT) ist ein eingetragener Verein im Sinne des § 21 BGB.
2. Der Sitz der DGPT ist Berlin.

§ 2 Zweck und Aufgaben

1. Die DGPT dient der Pflege, Weiterentwicklung und Verbreitung der Psychoanalyse und der von ihr abgeleiteten Verfahren und Methoden in Forschung, Lehre und Versorgung (Prävention, Behandlung und Rehabilitation). Sie fördert die Anwendung der Psychoanalyse in Psychotherapie, der Medizin und weiteren Anwendungsgebieten.
2. Die DGPT stellt Grundanforderungen für die Aus- und Weiterbildung von Psychoanalytikerinnen/Psychoanalytikern und von tiefenpsychologisch fundiert arbeitenden Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten an von ihr anerkannten Instituten auf und normiert Kriterien für die Qualifikation der von ihr bestätigten Lehranalytikerinnen, Lehrtherapeutinnen und Supervisorinnen bzw. Lehranalytikern, Lehrtherapeuten und Supervisoren. Näheres hierzu regeln die Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT.
3. Die DGPT vertritt die Standes- und Berufsinteressen ihrer Mitglieder.
4. Die DGPT versteht sich
 - als berufspolitische Vertretung der psychoanalytisch und/oder tiefenpsychologisch fundiert aus- und weitergebildeten Mitglieder,
 - als wissenschaftliche Fachgesellschaft der an den von ihr anerkannten Instituten aus- und weitergebildeten Psychoanalytikerinnen/Psychoanalytikern sowie tiefenpsychologisch fundiert arbeitenden Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten,
 - auch als wissenschaftliche Fachgesellschaft in ihrer gesellschafts- und sozialpolitischen Verantwortung,
 - als Interessenvertretung der von der DGPT anerkannten Aus- und Weiterbildungsinstitute und
 - als Dachverband der psychoanalytischen wissenschaftlichen Fachgesellschaften.

§ 3 Mitglieder

1. Ordentliches Mitglied kann werden, wer
 - a. eine psychoanalytische oder tiefenpsychologisch fundierte Aus-/Weiterbildung nach den Aus/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT an einem zum Zeitpunkt des Beginns oder während der Aus-/Weiterbildung von ihr anerkannten Institut abgeschlossen hat oder

- b. mit einer entsprechenden Aus-/Weiterbildung eine ordentliche Mitgliedschaft oder eine der vollen Fachmitgliedschaft entsprechende Form der Mitgliedschaft einer der von der DGPT nach § 9 Absatz 1 berufspolitisch vertretenden psychoanalytischen Fachgesellschaften DGAP, DGIP, DPG und DPV (= mit der DGPT kooperierende Fachgesellschaften) nachweist oder
- c. eine den Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT gleichwertige bzw. vergleichbare psychoanalytische oder tiefenpsychologisch fundierte Aus-/Weiterbildung außerhalb von durch die DGPT anerkannten Instituten in Deutschland oder im Ausland abgeschlossen hat, wobei zum Antrag auf ordentliche Mitgliedschaft in der Regel ein positives Votum des Aufnahmeausschusses der DGPT (s. § 16) zur Gleichwertigkeit der Aus-/Weiterbildung notwendig ist oder
- d. vor dem 01.03.2017 (Stichtag) eine Aus-/Weiterbildung in tiefenpsychologisch fundierter Psychotherapie an einem von der DGPT zu dem o. g. Stichtag bereits anerkannten Institut begonnen und abgeschlossen hat.

Soweit die psychoanalytische oder tiefenpsychologisch fundierte Aus-/Weiterbildung an einem Institut absolviert wurde, das spätestens drei Jahre nach Abschluss dieser Aus-/Weiterbildung als DGPT-Institut anerkannt worden ist, sind die Voraussetzungen für eine ordentliche Mitgliedschaft nach Satz 1 lit. c erfüllt, ohne dass es eines positiven Votums des Aufnahmeausschusses zur Gleichwertigkeit der Aus-/Weiterbildung bedarf. Erfolgte die Anerkennung des Instituts als DGPT-Institut mehr als drei Jahren nach dem Abschluss der psychoanalytischen oder tiefenpsychologisch fundierten Aus-/Weiterbildung an diesem Institut, ist für eine ordentliche Mitgliedschaft eine Gleichwertigkeitsprüfung der Aus-/Weiterbildung nach Maßgabe des Satzes 1 lit. c vorzunehmen. Über die Aufnahme eines ordentlichen Mitglieds nach Satz 1 lit. d entscheidet in Abweichung von Absatz 6 der Geschäftsführende Vorstand.

- 2. Außerordentliches Mitglied kann werden, wer sich in Aus-/Weiterbildung an einem von der DGPT anerkannten Institut befindet. Die außerordentliche Mitgliedschaft erlischt mit der Beendigung der ersten nach den Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT absolvierten Aus- und Weiterbildung, die zur Beantragung einer ordentlichen Mitgliedschaft qualifiziert.
- 3. Affiliertes Mitglied kann werden, wer eine psychoanalytische oder tiefenpsychologisch fundierte Aus-/Weiterbildung absolviert hat, die nicht den Kriterien für eine Vollmitgliedschaft in der DGPT im Sinne des Absatzes 1 entspricht. Zum Antrag auf Mitgliedschaft nach Satz 1 ist ein positives Votum des Aufnahmeausschusses notwendig. Näheres regeln die auf der Grundlage des § 2 Absatz 2 festgelegten Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT. Eine vor dem 01.03.2017 erworbene affilierte Mitgliedschaft kann auf Antrag in eine ordentliche Mitgliedschaft umgewandelt werden. Über den Antrag nach Satz 4 entscheidet abweichend von Absatz 6 der Geschäftsführende Vorstand.
- 4. Von der DGPT anerkannte Aus- und Weiterbildungsinstitute und sonstige kooperierende juristische Personen können als fördernde Mitglieder Mitglied der DGPT sein. Sie tragen die Ziele des Vereins mit und unterstützen ihn durch ihren Mitgliedsbeitrag. Ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung der DGPT ist mit dem Status der fördernden Mitgliedschaft nicht verbunden, soweit nichts Abweichendes in der Satzung geregelt ist. Über die Aufnahme eines von der DGPT anerkannten Instituts als förderndes Mitglied entscheidet in Abweichung von Absatz 6 der Geschäftsführende Vorstand.
- 5. Die Aufnahme von Ehrenmitgliedern regelt § 19. Mitglieder des Ehrenpräsidiums werden wie Ehrenmitglieder geführt.
- 6. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheidet die Mitgliederversammlung auf Empfehlung des Geschäftsführenden Vorstands, soweit die Satzung nichts hiervon Abweichendes regelt. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht. Die Ablehnung muss nicht begründet werden.

§ 4 Beginn und Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft einer natürlichen Person entsteht mit Zahlung des Mitgliedsbeitrags und Erteilung der Einzugsermächtigung gegenüber der DGPT. Sie begründet zugleich die Mitgliedschaft im örtlich zuständigen Landesverband der DGPT (siehe § 10). Die fördernde Mitgliedschaft eines von der DGPT anerkannten Instituts entsteht mit Zahlung des Mitgliedsbeitrages und Erteilung der Einzugsermächtigung gegenüber der DGPT.
2. Die Mitgliedschaft einer natürlichen Person erlischt mit dem Tod eines Mitglieds, durch Austritt, durch Streichung von der Mitgliederliste, bei Beendigung der Mitgliedschaft im Landesverband sowie durch Ausschluss aus der DGPT. Die fördernde Mitgliedschaft eines von der DGPT anerkannten Instituts erlischt mit seiner Auflösung, durch Austritt, durch Streichung von der Mitgliederliste sowie durch Entzug der Anerkennung nach den Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT.
3. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Geschäftsführenden Vorstand oder der Geschäftsstelle. Er ist nur zum Ende eines Kalenderjahres mit Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.
4. Die Streichung von der Mitgliederliste kann durch Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands erfolgen, wenn das Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Beitragszahlung im Rückstand ist. Die zweite Mahnung muss mittels „Einschreiben/Rückschein“ ergehen und den Hinweis auf die bevorstehende Streichung enthalten. Diese darf erst beschlossen werden, wenn nach dem Ablauf eines Monats ab Zugang der zweiten Mahnung die Beitragsschuld nicht restlos getilgt ist. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.
5. Der Ausschluss aus der DGPT erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung, wenn das Mitglied groblich und vorsätzlich gegen die Interessen der DGPT, insbesondere gegen ihre Satzung oder Beschlüsse ihrer Organe, verstößt oder ein Verhalten zeigt, das geeignet ist, das Ansehen der DGPT und ihrer Mitglieder erheblich zu beeinträchtigen. In minderschweren Fällen kann die Mitgliederversammlung das einstweilige oder befristete Ruhen der Mitgliedschaft beschließen.
6. Der Geschäftsführende Vorstand kann auf Empfehlung der Schiedskommission einem anderen Vereinsorgan bzw. einem von der DGPT anerkannten Institut dringend empfehlen, weitere Maßnahmen zu beschließen, wie die Enthebung von Ämtern und von Lehr- und Ausbildungsfunktionen.
7. Die Schiedskommission kann dem beschuldigten Mitglied in minderschweren Fällen Auflagen erteilen oder gegen dieses Mitglied eine formelle Rüge aussprechen. Einzelheiten des Verfahrens regelt die Schieds- und Ausschlussordnung der DGPT, die die Satzung ergänzt und Satzungsbestandteil ist.
8. Die Mitgliedschaft eines außerordentlichen Mitglieds (§ 3 Absatz 2) erlischt, wenn dieses Mitglied seine Aus-/Weiterbildung an einem von der DGPT anerkannten Institut abbricht.
9. Außerordentliche und affilierte Mitglieder sind verpflichtet, dem Geschäftsführenden Vorstand mitgliedschaftsrelevante Statusveränderungen unverzüglich mitzuteilen. Bei Bekanntwerden mitgliedschaftsrelevanter Statusveränderungen erlischt die bisherige Mitgliedschaftskategorie und eine ordentliche Mitgliedschaft kann ggf. beantragt werden.
10. Absätze 5 bis 7 kommen für die fördernde Mitgliedschaft eines von der DGPT anerkannten Instituts nicht zur Anwendung.

§ 5 Sektionen

1. Die ordentlichen Mitglieder der DGPT bilden zur Verfolgung spezieller berufsrechtlicher und berufsständischer Aufgaben im Sinne des § 2 Absatz 3 Sektionen in Form rechtlich unselbständiger Untergliederungen. Entsprechend der interdisziplinären Tradition der Psychoanalyse sind die Sektionen verpflichtet, die gemeinsamen Ziele des psychoanalytischen Berufsstandes zu bewahren und die Interessen der DGPT und der jeweils anderen Sektion angemessen zu berücksichtigen.
2. Die Sektion „Berufsverband der Ärztlichen Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytiker und der tiefenpsychologisch fundiert tätigen Ärztinnen und Ärzte (BÄP)“ umfasst die psychoanalytisch und tiefenpsychologisch fundiert tätigen ärztlichen Mitglieder der DGPT.
3. Die Sektion „Berufsverband der Psychologischen Psychoanalytikerinnen und Psychoanalytiker und tiefenpsychologisch tätigen Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (BPP)“ umfasst die psychologischen Mitglieder der DGPT, einschließlich derjenigen, die einen anderen Studienabschluss besitzen.
4. Jede Sektion hält Sektionsversammlungen ab, nominiert aus dem Kreise ihrer ordentlichen Mitglieder eine Sektionsleiterin/einen Sektionsleiter und wählt dessen Stellvertreterin/Stellvertreter. Die Sektionsleiterin/der Sektionsleiter ist Mitglied des Vertretungsvorstands; sie/er wird in der Mitgliederversammlung gewählt.
5. Unbeschadet der generellen Zuständigkeit der DGPT, auch in berufspolitischen Fragen, verfolgt jede Sektion ihre spezifischen berufspolitischen Aufgaben in Abstimmung mit dem Vertretungsvorstand (Verbandstreue) selbständig.

§ 6 Arbeitskreise

1. Um wissenschaftlichen Teilbereichen die für ein fachliches Eigenleben erforderliche Eigenständigkeit zu gewährleisten, können Arbeitskreise gebildet werden.
2. Die Bildung eines Arbeitskreises wird von der Mitgliederversammlung beschlossen. Ein Antrag aus der Mitgliederversammlung bedarf der Unterschrift von mindestens 20 Mitgliedern; er ist an den Geschäftsführenden Vorstand zu richten.
3. Ein Antrag auf Auflösung eines Arbeitskreises bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Arbeitskreises.
4. Die personelle Zusammensetzung eines Arbeitskreises soll sich am jeweiligen Zweck für die Bildung des Arbeitskreises orientieren. Die Sitzungen eines Arbeitskreises sind nicht öffentlich. Voraussetzung für die Teilnahme an einem Arbeitskreis ist die DGPT-Mitgliedschaft. Eine Teilnahme von interessierten Gästen am Arbeitskreis kann gestattet werden. Die Sitzungen eines Arbeitskreises können in Präsenz oder im Wege der elektronischen Kommunikation (virtuell) durchgeführt werden. Bei der Durchführung einer virtuellen Sitzung ist ein technischer Weg zu wählen, der den Teilnehmern eine Teilnahme mit üblicher IT-Ausstattung ermöglicht. Über die Ergebnisse der Sitzung eines Arbeitskreises ist Protokoll zu führen, das dem Geschäftsführenden Vorstand zur Kenntnis zu geben ist.
5. Jeder Arbeitskreis soll eine/einen Sprecherin/Sprecher und eine/einem stellvertretende/stellvertretenden Sprecherin/Sprecher haben, welche aus der Mitte des jeweiligen Arbeitskreises für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden und die Sitzungen des Arbeitskreises einzeln oder gemeinsam einberufen und leiten.

6. Arbeitskreise sind unabhängig von der Zahl der anwesenden Teilnehmer beschlussfähig. Sie fassen ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Rede-, antrags-, aktiv stimm- und wahlberechtigt sind alle zur Teilnahme am jeweiligen Arbeitskreis berechtigten DGPT-Mitglieder. Passiv wahlberechtigt sind nur alle zur Teilnahme am jeweiligen Arbeitskreis berechtigten ordentlichen Mitglieder des Arbeitskreises. Eine Übertragung des Stimm- und/oder Wahlrechts ist nicht möglich.
7. Der Arbeitskreis kann sich eine Arbeitskreisordnung geben, die u.a. Einberufung, Ablauf und Beschlussfassung des Arbeitskreises näher bestimmen soll.

§ 7 Institute

1. Die DGPT spricht die Anerkennung von Aus- und Weiterbildungsinstituten entsprechend den jeweils gültigen Aus-/Weiterbildungsrichtlinien der DGPT aus.
2. (Noch) nicht nach den Aus-/Weiterbildungsrichtlinien definierten Instituten kann der Status eines Gastinstitutes zuerkannt werden.
3. Die Institute einer Region bzw. eines Bundeslandes oder mehrerer Bundesländer können sich zur regionalen Durchsetzung der Standards und Ziele der DGPT und der spezifischen Interessen der Institutsmitglieder zu Landeskongressen zusammenschließen.

§ 8 Netzwerk Freie Institute für Psychoanalyse und Psychotherapie (NFIP)

1. Das Netzwerk setzt sich aus den von der DGPT anerkannten Instituten zusammen, die keiner in § 9 Absatz 1 benannten Fachgesellschaften angehören bzw. von ihnen anerkannt sind. Das Netzwerk vertritt und koordiniert die Interessen dieser Institute innerhalb der DGPT.
2. Das Netzwerk gibt sich eine Geschäftsordnung und entsendet eine Vertreterin/einen Vertreter in den Erweiterten Vorstand (§ 13) sowie Beirat (§ 15).

§ 9 Berufspolitische Vertretung von psychoanalytischen Fachgesellschaften, Kooperationen mit Vereinigungen

1. Die DGPT vertritt in berufspolitischen Fragen die Fachgesellschaften DGAP, DGIP, DPG und DPV im Benehmen mit deren Vorständen.
2. Sie kooperiert mit
 - der Vereinigung Analytischer Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (VAKJP),
 - der Deutschen Gesellschaft für Gruppenanalyse und Gruppenpsychotherapie (D3G),
 - dem Berufsverband der Approbierten Gruppenpsychotherapeuten (BAG e.V.) und
 - anderen Verbänden und Institutionen, die der Psychoanalyse nahestehen.

§ 10 Landesverbände

1. Zur Durchsetzung regionaler berufspolitischer Zielvorstellungen bilden die Mitglieder eines Bundeslandes oder mehrerer Bundesländer Landesverbände in Form rechtsfähiger oder nichtrechtsfähiger Vereine. Die Satzungen der Landesverbände müssen im Einklang mit der Satzung der DGPT stehen. Im Vereinsnamen muss deutlich werden, dass es sich um einen Landesverband der DGPT handelt.

2. Die Landesverbände beschließen in ihren eigenen Angelegenheiten, insbesondere auch über die personelle Besetzung ihrer Organe, selbständig. Soweit überregionale Interessen oder Interessen der DGPT berührt sind, werden sie in Abstimmung und im Benehmen mit dem Geschäftsführenden Vorstand der DGPT und unter Beachtung der Beschlüsse ihrer Organe tätig („Verbandstreue“).
3. Die Landesverbände pflegen den kollegialen Zusammenhalt ihrer Mitglieder und verfolgen deren Interessen, sowie die Interessen der DGPT auf regionaler Ebene. Sie unterstützen den Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand der DGPT, die die Durchführung bestimmter Aufgaben an sie delegieren können, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und unterrichten sie über die wesentlichen Entwicklungen in den Regionen. Ihnen obliegen insbesondere die Kontakte zu den Kammern, Kassenärztlichen Vereinigungen, Krankenkassen, Landesministerien und sonstigen öffentlichen wie privaten Institutionen. Die Landesverbände können sich mit anderen Verbänden von Richtlinienpsychotherapeutinnen und -psychotherapeuten in regionalen Vereinigungen zusammenschließen.
4. Den Landesverbänden werden die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel von der DGPT aufgrund entsprechender Vorstandsbeschlüsse in Abstimmung mit den Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

§ 11 Organe

1. Organe der DGPT sind
 - der Geschäftsführende Vorstand (§ 12),
 - der Erweiterte Vorstand (§ 13),
 - der Länderrat (§ 14),
 - der Beirat (§ 15),
 - der Aufnahmeausschuss (§ 16),
 - die Mitgliederversammlung (§ 17).
2. Mitglieder dieser Gremien müssen Mitglieder der DGPT sein.

§ 12 Geschäftsführender Vorstand

1. Der Geschäftsführende Vorstand ist für die Erledigung der laufenden Geschäfte und darüber hinaus für alle Angelegenheiten der DGPT zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Dazu gehören insbesondere: Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Ausführung deren Beschlüsse, Erstellung des Jahresberichts, Bericht an den Beirat, Vertretung der gemeinsamen berufspolitischen Interessen aller Mitglieder, Vorbereitung der wissenschaftlichen Arbeitstagen.
2. Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden, zwei Stellvertreterinnen/Stellvertretern und den Leiterinnen/Leitern der beiden Sektionen.
3. Vertretungsvorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Geschäftsführende Vorstand. Die Vorsitzende/der Vorsitzende, ihre/seine Stellvertreterinnen/Stellvertreter und die beiden Sektionsleiterin-

nen/Sektionsleiter sind jeweils allein zur Vertretung berechtigt, im Innenverhältnis Stellvertreterinnen/Stellvertreter und Sektionsleiterinnen/Sektionsleiter allerdings nur, soweit sie dazu von der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden ermächtigt wurden.

4. Die Vorsitzende/der Vorsitzende, ihre/seine Stellvertreterinnen/Stellvertreter und die Sektionsleiterinnen/Sektionsleiter werden von der Mitgliederversammlung in gesonderten Wahlgängen mit absoluter Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Ggf. findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerberinnen/Bewerbern, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt hatten, statt. Werden für die Ämter der Vorsitzenden/des Vorsitzenden, der Stellvertreterinnen/Stellvertreter und der Sektionsleiterinnen/Sektionsleiter jeweils nur eine Kandidatin/ein Kandidat aufgestellt, können alle in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt werden. Die Wahlen sind geheim.
5. Der Geschäftsführende Vorstand wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt; er bleibt jedoch bis zur Neuwahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Scheidet ein Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands im Laufe des ersten Amtsjahres aus, wählt die Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer der/s Ausgeschiedenen.
6. Wählbar sind nur ordentliche Mitglieder der DGPT, darunter mindestens zwei ärztliche und zwei psychologische Mitglieder.
7. Die Vorsitzende/der Vorsitzende der DGPT muss die Aus-/Weiterbildung zur Psychoanalytikerin/zum Psychoanalytiker (nach Ziffer 1 der Aus- und Weiterbildungsrichtlinien der DGPT) abgeschlossen haben.
8. Der Geschäftsführende Vorstand kann bis zu zwei weitere Mitglieder der DGPT, ggf. zeitlich befristet und speziell für besondere Themengebiete, zusätzlich in den Geschäftsführenden Vorstand kooptieren.
9. Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands werden von der Vorsitzenden/vom Vorsitzenden der DGPT, im Falle seiner Verhinderung von einem ihrer/seiner Stellvertreterinnen/Stellvertreter, geleitet. Über den Verlauf der Sitzungen beider Gremien wird ein erweitertes Beschlussprotokoll geführt.
10. Ein Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands kann auf schriftlichem oder telefonischem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren erklären.
11. Die Mitglieder des Geschäftsführenden haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen im Dienste der DGPT. Sie erhalten zudem eine angemessene Aufwandsentschädigung, deren Höhe von der Mitgliederversammlung festgesetzt wird. Näheres regelt die von der Mitgliederversammlung zu beschließende Entschädigungsregelung.

§ 13 Erweiterter Vorstand

1. Der Erweiterte Vorstand besteht neben dem Geschäftsführenden Vorstand aus
 - der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden des Länderrats,
 - der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden des Beirats,
 - den Vorsitzenden der Fachgesellschaften gemäß § 9 Absatz 1,
 - einer/einem Vertreterin/Vertreter des NFIP gemäß § 8 Absatz 2,
 - einer/einem entsandten und von der Mitgliederversammlung bestätigten Vertreterin/Vertreter der Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer in der DGPT,
 - einer/einem Vertreterin/Vertreter der Bundeskandidatenvertretung nach § 18
 - einer/einem Vertreterin/Vertreter der interdisziplinären Mitglieder.

Die Mitglieder des Erweiterten Vorstands müssen bis auf die/den Vertreterin/Vertreter der Bundeskandidatenvertretung ordentliche Mitglieder der DGPT sein.

2. Der Erweiterte Vorstand berät und unterstützt den Geschäftsführenden Vorstand in allen wichtigen Angelegenheiten. Er hat darüber hinaus vor allem koordinierende Funktion im Sinne der satzungsmäßigen Zweckerreichung gemäß § 2.
3. Der Erweiterte Vorstand tagt in der Regel viermal im Jahr, davon jeweils einmal im Zusammenhang mit der Jahrestagung und einmal im Zusammenhang mit dem Berufspolitischen Seminar der DGPT.
4. Auf Vorschlag des Erweiterten Vorstands kann der Geschäftsführende Vorstand ein weiteres Mitglied der DGPT, zeitlich befristet und speziell für besondere Themengebiete, zusätzlich in den Erweiterten Vorstand kooptieren.
5. Die Mitglieder des Erweiterten Vorstands haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen im Dienste der DGPT. Näheres regelt die von der Mitgliederversammlung zu beschließende Entschädigungsregelung.

§ 14 Länderrat

1. Die Vorsitzenden der Landesverbände, im Verhinderungsfalle ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter, bilden auf Bundesebene den Länderrat. Dessen Mitglieder wählen aus ihrem Kreise eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und ihre/seinen Stellvertreterin/Stellvertreter, die unterschiedlichen Grundberufen angehören sollen; § 12 Absätze 5 und 6 gelten entsprechend.
2. Zu den Aufgaben des Länderrats gehören insbesondere die gegenseitige Information über berufspolitische Entwicklungen in den Regionen sowie die Koordination der in § 10 Absatz 3 genannten Aktivitäten der Landesverbände, auch in Kooperation mit dem Geschäftsführenden Vorstand. Zu diesem Zweck tagen Länderrat und Geschäftsführender Vorstand gemeinsam, in der Regel zweimal jährlich. Die Sitzungen werden von der Länderratsvorsitzenden/dem Länderratsvorsitzenden, in Kooperation mit dem Geschäftsführenden Vorstand, einberufen und geleitet. Jeder Landesverband und die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands haben jeweils eine Stimme. Zwei Vertreterinnen/Vertreter der Ausbildungskandidatinnen/Ausbildungskandidaten können an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen. Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung des Länderrats.

§ 15 Beirat

1. Der Beirat besteht aus
 - den Mitgliedern des Ehrenpräsidiums (§ 19 Absatz 1),
 - den stellvertretenden Sektionsleiterinnen/Sektionsleitern (§ 5 Absatz 4),
 - den an den anerkannten Instituten (§ 7) gewählten Delegierten bzw. deren gewählten Stellvertreterinnen/Stellvertretern, die ordentliches Mitglied der DGPT sein müssen,
 - der/dem Vorsitzenden des Länderrats (§ 14 Absatz 1),
 - den Vorsitzenden der Landesverbände gemäß § 10, soweit sie nicht bereits in anderer Funktion im Beirat vertreten sind,
 - der Vertreterin/dem Vertreter des NFIP gemäß § 8 Absatz 2,
 - den Vorsitzenden bzw. berufspolitischen Sprecherinnen/Sprechern der Vereinigungen gem. § 9 Absatz 1,

- zwei von den außerordentlichen Mitgliedern gewählten Bundeskandidatenvertreterinnen/Bundeskandidatenvertretern (§ 18 Absätze 2 und 3),
 - der/dem Vorsitzenden bzw. der/dem stellvertretenden Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses (§ 16 Absätze 1 und 2).
2. Die Mitglieder des Beirats wählen aus ihrem Kreise eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und ihre(n)/seine(n) Stellvertreterin/Stellvertreter. § 12 Absätze 5 und 6 gelten entsprechend.
 3. Der Beirat hat die Aufgabe, den Geschäftsführenden und Erweiterten Vorstand in wichtigen, insbesondere die Institute und Fachgesellschaften wesentlich berührenden Angelegenheiten zu beraten. Er entscheidet über die Anerkennung von Instituten sowie über die etwaige Rücknahme der Anerkennung und bestätigt die von den Instituten ausgesprochenen Ermächtigungen zur Lehranalytikerin bzw. Lehrtherapeutin und Supervisorin/Kontrollanalytikerin bzw. zum Lehranalytiker bzw. Lehrtherapeuten und Supervisor/Kontrollanalytiker.
 4. Beirat, Geschäftsführender und Erweiterter Vorstand tagen in der Regel zweimal jährlich gemeinsam, darunter anlässlich der Jahrestagung der DGPT. Einberufung und Sitzungsleitung obliegen der Beiratsvorsitzenden/dem Beiratsvorsitzenden, die/der diese Aufgaben an den Geschäftsführenden Vorstand delegieren kann. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands haben im Beirat kein Stimmrecht.

§ 16 Aufnahmeausschuss

1. Der Aufnahmeausschuss besteht aus

- zwei berufspolitisch besonders erfahrenen DGPT-Mitgliedern, die dem Aufnahmeausschuss als Vorsitzende/Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende/stellvertretender Vorsitzender vorstehe und nicht bereits in anderer Funktion im Aufnahmeausschuss vertreten sind,
- der/dem Vorsitzenden der DGPT,
- der/dem Beiratsvorsitzenden,
- der/dem stellvertretenden Beiratsvorsitzenden und
- zwei weiteren berufspolitisch erfahrenen DGPT-Mitgliedern, die nicht bereits in anderer Funktion im Aufnahmeausschuss vertreten sind.

Die Justitiarin/der Justitiar und die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer der DGPT nehmen beratend an den Sitzungen des Aufnahmeausschusses teil, wobei sich die Teilnahme der Geschäftsführerin/des Geschäftsführers abweichend von § 22 Absatz 4 auf die Beratung bei Entscheidungen beschränken soll, die die Anerkennung von Aus-/Weiterbildungsinstituten und deren Rücknahmen zum Inhalt haben.

2. Die/der Vorsitzende und die/der stellvertretende Vorsitzende werden von der Mitgliederversammlung für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich.
3. Zu den Aufgaben des Aufnahmeausschusses zählen
 - a. die Beratung des Geschäftsführenden Vorstands bei der Vorbereitung von Aufnahmeentscheidungen von ordentlichen und affilierten Mitgliedern durch die Mitgliederversammlung im Hinblick auf das Vorliegen der entsprechenden Aufnahmevoraussetzungen nach § 3 sowie

- b. die Beratung des Beirats bei der Entscheidung über die Anerkennung von Aus-/Weiterbildungsinstituten als von der DGPT anerkannte Institute nach § 15 Absatz 3 Satz 2 und deren Rücknahme.

Darüber hinaus berät der Aufnahmeausschuss den Geschäftsführenden Vorstand bei Fragestellungen im Zusammenhang mit Anträgen auf Bestätigung der von anerkannten DGPT-Instituten ausgesprochenen Ermächtigungen zur Lehranalytikerin bzw. Lehrtherapeutin und Supervisorin/Kontrollanalytikerin bzw. zum Lehranalytiker bzw. Lehrtherapeuten und Supervisor/Kontrollanalytiker. Die Beratungen nach Maßgabe der Sätze 1 und 2 erfolgen nur auf entsprechende Anforderung des jeweils zuständigen Vereinsorgans und münden in der Abgabe eines in Textform verfassten Votums.

4. Der Aufnahmeausschuss tagt je nach Bedarf in der Regel mehrfach im Jahr. Die Sitzungen des Aufnahmeausschusses können in Präsenz oder im Wege der elektronischen Kommunikation (digitale Sitzung des Aufnahmeausschusses) durchgeführt werden. Bei der Durchführung einer digitalen Sitzung des Aufnahmeausschusses ist ein technischer Weg zu wählen, der den Ausschussmitgliedern eine Teilnahme mit üblicher IT-Ausstattung ermöglicht.
5. Jedes Mitglied des Aufnahmeausschusses ist bei Abstimmungen über abzugebende Voten stimmberechtigt. Die Mitglieder des Aufnahmeausschusses stimmen ihre Voten mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ab; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Eine Abstimmung ist auch im Umlaufverfahren außerhalb einer Sitzung des Aufnahmeausschusses möglich, wenn alle Mitglieder des Aufnahmeausschusses ihre Zustimmung zu einem verfassten Votum in Textform erklären. Liegt ein Grund vor, der geeignet ist, Zweifel an der Einhaltung des Gebots von Unparteilichkeit oder von Abstinenz des Mitglieds in einer Beschlussangelegenheit zu rechtfertigen, ist das Mitglied von der Stimmabgabe in dieser Beschlussangelegenheit zu befreien.
6. Soweit die dem Aufnahmeausschuss zur Beratung vorgelegte Angelegenheit nach Absatz 3 keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist, kann die Prüfung und das Votum von der/dem Vorsitzenden bzw. der/dem stellvertretenden Vorsitzenden abweichend von Absatz 5 Satz 2 ohne mehrheitliche Abstimmung im Rahmen einer Sitzung des Aufnahmeausschusses erfolgen. Nicht hierunter fallen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Beratung des Beirats bei Entscheidungen über die Anerkennung von Aus-/Weiterbildungsinstituten als von der DGPT anerkannte Institute nach § 15 Absatz 3 Satz 2 und deren Rücknahme. Bei Prüfung und Abgabe eines Votums durch die/den Vorsitzenden bzw. die/den stellvertretenden Vorsitzenden nach Satz 1 ist hierüber in der nächsten Sitzung des Aufnahmeausschusses zu berichten.
7. Die Justitiarin/der Justitiar der DGPT führt die Geschäfte des Aufnahmeausschusses und organisiert die Arbeit des Aufnahmeausschusses im Einvernehmen mit der/dem Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses bzw. der/dem stellvertretenden Vorsitzenden und der/dem DGPT-Vorsitzenden.
8. Der Aufnahmeausschuss gibt sich selbst eine Geschäftsordnung, die Näheres zu den vorgenannten Absätzen regelt.

§ 17 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ der DGPT. In ihre Zuständigkeit fallen insbesondere:
 - Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern,

- Wahl von Ehrenmitgliedern,
 - Entgegennahme des Jahresberichts des Geschäftsführenden Vorstands,
 - Entgegennahme des Berichts aus dem Beirat,
 - Entgegennahme des Kassenberichts und des Berichts der Kassenprüferinnen/Kassenprüfer,
 - Entlastung und Wahl der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands,
 - Wahl der Mitglieder des Erweiterten Vorstands, soweit sie nicht entsandt werden,
 - Wahl von zwei Kassenprüferinnen/Kassenprüfern,
 - Wahl der/des Vorsitzenden, des/der stellvertretenden Vorsitzenden und zwei weiterer Mitglieder des Aufnahmeausschusses (§ 16 Absatz 2)
 - Wahl von Vertrauensleuten (Abschnitt C.6 der Ethik-Leitlinien der DGPT)
 - Wahl der/des Vorsitzenden und des/der stellvertretenden Vorsitzenden der Schiedskommission (§ 2 Absatz 2 Satz 3 Schieds- und Ausschlussordnung als Abschnitt D der Ethik-Leitlinien der DGPT)
 - Wahl von Schiedskommissionsmitgliedern (§ 2 Ziffer 3 Satz 3 Schieds- und Ausschlussordnung als Abschnitt D der Ethik-Leitlinien der DGPT)
 - Beschlussfassung über die Bildung von Arbeitskreisen,
 - Festsetzung der Höhe des Aufnahme- und Jahresbeitrags und Beschlussfassung über die Erhebung einer Umlage,
 - Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung der DGPT.
2. Die Mitgliederversammlung kann dem Geschäftsführenden Vorstand Weisungen erteilen.
 3. Die Mitgliederversammlung tritt in der Regel zweimal jährlich, mindestens jedoch einmal jährlich zusammen (ordentliche Mitgliederversammlung); Ort, Tag und Zeit bestimmt der Geschäftsführende Vorstand. Eine ordentliche Mitgliederversammlung soll mit der Jahrestagung der DGPT (DGPT-Jahreskongress) verbunden werden.
 4. Die Mitgliederversammlung kann vollständig virtuell stattfinden. Der Geschäftsführende Vorstand entscheidet darüber, ob die Mitgliederversammlung virtuell oder in persönlicher Anwesenheit stattfindet. Mindestens eine Mitgliederversammlung im Jahr soll in persönlicher Anwesenheit abgehalten werden.
 5. Die Mitgliederversammlung wird drei Monate vor dem für sie festgelegten Termin unter Angabe von Ort und Zeit durch Übersendung einer Einladung in Textform entweder per Post oder per E-Mail einberufen, ohne dass es zu diesem Zeitpunkt bereits der Mitteilung der Beratungs- bzw. Beschlussgegenstände über eine vorzuschlagende Tagesordnung (im Folgenden: Tagesordnung) bedarf. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern spätestens einen Monat vor der Mitgliederversammlung in Textform entweder per Post oder per E-Mail mitzuteilen. Maßgebend für die in Satz 1 und 2 genannten Fristen ist das Datum des Poststempels bzw. Datum der Absendung der E-Mail an die Mitglieder durch die Geschäftsstelle der DGPT. Die Einladung und die Tagesordnung gelten als zugegangen, wenn sie bei einer Versendung per E-Mail an die vom Mitglied gegenüber der DGPT zuletzt bekanntgegebene E-Mail-Adresse und bei einer Versendung per Post an die letzte von dem Mitglied der DGPT gegenüber bekannt gegebene Adresse versandt wurden. Die Tagesordnung wird vom Geschäftsführenden Vorstand aufgestellt. Anträge aus dem Kreise der Mitglieder zur Aufnahme von Beratungsvorschlägen und/oder Beschlussgegenständen in die Tagesordnung müssen spätestens zwei Wochen vor dem mitgeteilten Versammlungstermin schriftlich in der Geschäftsstelle der DGPT eingehen. Hat ein Antrag nach Satz 6 die Änderung der Satzung, von Satzungsbestandteilen, der Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung oder einer sonstigen von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Ordnung

zum Gegenstand, gilt abweichend von Satz 6 eine Frist von spätestens zwei Monaten vor dem in der Einladung mitgeteilten Versammlungstermin. Ein Recht der Mitglieder auf Behandlung bestimmter Beratungsvorschläge und Beschlussgegenstände besteht nur im Rahmen des § 37 BGB.

6. Die virtuelle Mitgliederversammlung findet über eine geeignete Online-Plattform statt. Die Zugangsberechtigung zur virtuellen Mitgliederversammlung soll den Mitgliedern spätestens drei Tage vor der Mitgliederversammlung bekannt gegeben werden. Die Mitglieder dürfen sie nur persönlich nutzen. Der Geschäftsführende Vorstand hat für die virtuelle Mitgliederversammlung einen technischen Weg zu wählen, der den Mitgliedern eine Teilnahme mit einer zu diesem Zeitpunkt dem aktuellen Stand der Technik entsprechenden IT-Ausstattung ermöglicht. Die einzelnen Mitglieder sind für die technischen Teilnahmevoraussetzungen an ihren Endgeräten selbst verantwortlich. Die DGPT gewährleistet lediglich die wesentliche Bereitstellung der virtuellen, sowie ggf. fernmündlichen Zugangsmöglichkeiten hinsichtlich der am Versammlungsort befindlichen Technik. Bei allgemeinen technischen Störungen muss die Mitgliederversammlung zeitnah wiederholt werden.
7. Abstimmungen in Präsenzversammlungen sind zulässig durch Handzeichen, in schriftlicher Form oder unter Verwendung IT-basierter Abstimmungsprogramme. Die Art der Abstimmung wird vom Versammlungsleiter bestimmt. Bei Wahlen ist die Versammlungsleitung auf einen Wahlleiter zu übertragen. Wahlleiter kann auch der Geschäftsführer/die Geschäftsführerin oder der Justitiar/die Justitiarin der DGPT sein. Eine Abstimmung muss geheim durchgeführt werden, wenn ein Drittel der persönlich anwesenden insoweit stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt, oder eine Entscheidung über eine Person getroffen wird. Bei Entscheidungen über die Besetzung eines Amtes kann auch dann offen abgestimmt werden, wenn nur ein Kandidat zur Verfügung steht, und die offene Abstimmung mittels Abstimmung durch die Mitgliederversammlung gebilligt wurde. Bei Verwendung eines IT-basierten Abstimmungsprogrammes muss technisch die Anonymität der Stimmabgabe gewährleistet sein, um der Anforderung an eine geheime Abstimmung gerecht zu werden.
8. Im Rahmen einer virtuellen Mitgliederversammlung erfolgt die Abstimmung stets anonym und geheim mittels geeigneter Online-Abstimmungstools. Der ordnungsgemäße Ablauf des Abstimmungs- bzw. Wahlvorgangs wird durch den Versammlungsleiter bzw. Wahlleiter sichergestellt.
9. Über nicht auf der Tagesordnung aufgeführte Gegenstände darf inhaltlich nur beraten und ein Beschluss gefasst werden, wenn die Mitgliederversammlung auf Antrag eines Mitglieds die Behandlung dieses Gegenstandes in Form der nachträglichen Aufnahme in die Tagesordnung beschließt (Dringlichkeitsantrag). Das antragstellende Mitglied hat die Dringlichkeit des Antrags zu begründen. Satz 1 findet keine Anwendung auf Anträge, die die Änderung der Satzung oder von Satzungsbestandteilen zum Gegenstand hat.
10. Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Sie fasst ihre Beschlüsse vorbehaltlich anderweitiger Satzungsbestimmungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden nicht mitgezählt. Für Änderungen der Satzung und von Satzungsbestandteilen sowie die Zulassung von Dringlichkeitsanträgen ist jedoch eine Mehrheit von zwei Dritteln, zur Änderung des Gesellschaftszwecks und zur Auflösung der DGPT eine solche von drei Vierteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

11. Jedes Mitglied hat Rede- und Antragsrecht. Stimmberechtigt sind nur die ordentlichen Mitglieder, außerordentliche, affilierte und fördernde Mitglieder jedoch, soweit sie finanzielle Belastungen treffen, die über den in der „DGPT-Beitragsregelung“ für ihre Beitragsklasse hinausgehen. Eine Übertragung des Stimmrechts durch Vertreterinnen/Vertreter ist unzulässig.
12. Der Geschäftsführende Vorstand kann – unter Verkürzung der in Absatz 5 Sätze 1 und 2 für die die Übersendung der Einladung und der Tagesordnung auf zwei Wochen vor dem Versammlungstermin – eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Abweichend von Absatz 5 Satz 3 beginnen die Fristen bei Übersendung der Einladung und der Tagesordnung per Post mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden zweiten Tag zu laufen. Der Geschäftsführende Vorstand ist verpflichtet, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen, wenn dringende Gründe des Gesellschaftswohls dies erforderlich machen oder wenn die Berufung von einem Zehntel der Mitglieder unter Angabe von Zweck und Grund schriftlich gegenüber dem Geschäftsführenden Vorstand verlangt wird.
13. Über die Mitgliederversammlung wird ein erweitertes Beschlussprotokoll geführt, das von dem Versammlungsleiter/der Versammlungsleiterin und dem Protokollführer/der Protokollführerin zu unterzeichnen ist. Das Protokoll gilt als genehmigt, wenn nicht innerhalb von sechs Wochen nach Versendung Einspruch bei der Geschäftsstelle erhoben wird. Über den Einspruch ist auf der nächsten Sitzung durch die Mitgliederversammlung zu entscheiden.
14. Die Mitgliederversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, in der Einberufung, Ablauf und Beschlussfassung der Versammlung näher zu regeln sind.
15. Auf eine virtuelle Mitgliederversammlung finden die Regelungen dieser Satzung und der Geschäftsordnung entsprechend Anwendung, soweit nichts Abweichendes geregelt wurde.

§ 18 Bundeskandidatenvertretung

1. Die Bundeskandidatenvertretung vertritt die Interessen der Aus-/Weiterbildungsteilnehmerinnen und Aus-/Weiterbildungsteilnehmer der von der DGPT anerkannten Institute innerhalb der DGPT und nach außen.
2. Die Bundeskandidatenvertretung besteht aus mindestens drei und maximal fünf Kandidatenvertreterinnen/Kandidatenvertretern. Die Berufsgruppen der Psychologinnen/ Psychologen und der Ärztinnen/Ärzte sollen dabei vertreten sein.
3. Die Bundeskandidatenvertreterinnen/Bundeskandidatenvertreter werden von den außerordentlichen Mitgliedern im Rahmen der Jahrestagung der DGPT mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Eine Wahl ist möglich, wenn zum Zeitpunkt der Wahl die Aus-/Weiterbildung nach den Aus/Weiterbildungsrichtlinien noch nicht beendet ist. Eine begonnene Amtszeit kann auch nach Beendigung des Kandidatenstatus zu Ende geführt werden.
4. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung der Bundeskandidatenvertretung.

§ 19 Ehrenmitglieder/Ehrenpräsidium

1. Durch Beschluss der Mitgliederversammlung hat die DGPT das „Ehrenpräsidium der Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse, Psychotherapie, Psychosomatik und Tiefenpsychologie (DGPT)“ errichtet. In grundsätzlichen Fragen soll der Geschäftsführende Vorstand die Mitglieder des Ehrenpräsidiums konsultieren. Neue Mitglieder des Ehrenpräsidiums werden ab dem 26.09.2014 nicht mehr berufen.
2. Persönlichkeiten, die sich um die DGPT oder die Förderung der Psychoanalyse außergewöhnliche Verdienste erworben haben, können der Mitgliederversammlung vom Geschäftsführenden Vorstand als Ehrenmitglied vorgeschlagen werden.
3. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung mit $\frac{2}{3}$ der Stimmen der anwesenden Mitglieder.

§ 20 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 21 Mitgliedsbeitrag, Umlagen

1. Die DGPT hat ordentliche, außerordentliche, affilierte und fördernde Mitglieder. Jedes Mitglied hat einen jährlichen Beitrag zu zahlen.
2. Mitglieder des Ehrenpräsidiums und Ehrenmitglieder sind von allen Zahlungspflichten befreit.
3. Der Geschäftsführende Vorstand kann im Einzelfall aus wirtschaftlichen Gründen die Pflicht zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen und Umlagen beschränken oder aussetzen.
4. Über die Höhe des Mitgliedsbeitrages sowie über die Erhebung von Umlagen beschließt die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstands mit einfacher Mehrheit der Stimmen der erschienenen Mitglieder. Die Modalitäten der Beitragserhebung werden in diesem Beschluss in Form der „DGPT-Beitragsregelung“ festgesetzt. Die Modalitäten der Umlageerhebung werden im jeweiligen Beschluss festgesetzt.
5. Der Mitgliedsbeitrag ist zum 1. Januar eines jeden Jahres fällig. Die Mitglieder sind verpflichtet, der DGPT hinsichtlich obiger Beträge eine Einzugsermächtigung bei Fälligkeit zu erteilen.

§ 22 Geschäftsstelle

1. Zur Durchführung der Aufgaben unterhält die DGPT eine Geschäftsstelle. Über den Sitz der Verwaltung und der Geschäftsleitung entscheidet der Geschäftsführende Vorstand.
2. Der Geschäftsführende Vorstand beruft die Geschäftsführerin/den Geschäftsführer als besondere Vertreterin/besonderen Vertreter und trifft alle das Beschäftigungsverhältnis berührenden Entscheidungen.
3. Neben der Wahrnehmung der laufenden Geschäfte obliegt der Geschäftsführerin/dem Geschäftsführer die Durchführung der von den Organen der DGPT gefassten Beschlüsse.
4. An den Sitzungen der Organe der DGPT nimmt die Geschäftsführerin/der Geschäftsführer mit beratender Stimme teil.

§ 23 Anfallberechtigung

Im Falle der Auflösung der DGPT fällt das nach Beendigung der Abwicklung noch vorhandene Vereinsvermögen an Einrichtungen, deren satzungsmäßige Zwecke den in § 2 genannten Zwecken und Aufgaben möglichst nahekommen; hierüber ist bereits im Auflösungsbeschluss der Mitgliederversammlung eine Bestimmung zu treffen.

§ 24 Übergangsbestimmungen

Für den Fall der Beanstandung von Satzungsbestandteilen durch das Registergericht oder das Finanzamt für Körperschaften wird der Vertretungsvorstand ermächtigt, die verlangten Satzungsänderungen vorzunehmen.

Berlin, 20. September 2024

Die in den Mitgliederversammlungen 25.02.2024 und 20.09.2024 beschlossenen Satzungsänderungen gelten vorbehaltlich der Eintragung in das Vereinsregister.